

Positionspapier

Grundsatzpapier Normung

Kernaussagen und -Forderungen des ZVEI

November 2021

Verband der Elektro- und Digitalindustrie

Normung schafft den architekturellen Rahmen für die Transformation zur All Electric Society

Um die Transformation zu einer klimaneutralen und nachhaltigen Gesellschaft und Wirtschaft, bei gleichzeitigem Erhalt der Prosperität, zu erreichen, bedarf es des verantwortungsvollen und konsequenten Einsatzes von Technik und Innovationen sowie einer umfassenden Elektrifizierung und Digitalisierung hin zu einer All-Electric-Society.

Die All-Electric Society wird geprägt sein durch den massiven Ausbau der erneuerbaren Energieerzeugung und der durchgängigen und intelligenten Kopplung der Stromnutzung in den klimarelevanten Sektoren wie Energie, Industrie, Mobilität und Gebäude. Die Primärenergieeffizienz des Systems aus Erzeugung und direkter Nutzung des elektrischen Stroms, wie z.B. in Elektromotoren, ist sehr hoch. Gleichwohl wird auch die indirekte Stromnutzung in Form von grünem Wasserstoff und e-Fuels einen wichtigen Beitrag in dieser Gesellschaft leisten. Die grüne Transformation ist nur mit Elektrizität möglich. Dabei kommt der sektorübergreifenden daten- und informationstechnischen Integration aller Applikationen, neben der energietechnischen Kopplung, dabei eine besondere Bedeutung zu.

Ohne umfassende Rahmensetzung, Schnittstellendefinition und Schaffung von Interoperabilität durch Normung ist diese Aufgabe nicht zu leisten. Die hier erforderlichen Normen sind im großen Maße dem Bereich der Elektrotechnik, Elektronik und Informationstechnik zuzuordnen.

Die Normung muss sich klar an dieser Zielperspektive orientieren. Ihr kommt die wesentliche integrative Aufgabe beim Zusammenbringen aller involvierten Stakeholder zu. Der Normungsprozess muss agiler und digitaler werden, Normen sektorübergreifend und digital vorliegen.

Die Normung wird damit zum „Enabler“ der Transformation unserer Gesellschaft und Wirtschaft zur Klimaneutralität und sichert so eine lebenswerte Zukunft.

1 Normung und konsortiale Standardisierung

Technische Standards sind sowohl „Normen“ als konsensbasierte Dokumente mit breiter Stakeholdereinbindung, herausgegeben von den anerkannten Normungsorganisationen, als auch „Standards“ als konsortiale Dokumente, bei denen Konsens und Stakeholderbeteiligung eingeschränkt sind.

Sowohl Normen als auch Standards haben in der technischen Welt ihren Platz und ihre Berechtigung. Normen sehen wir überall dort, wo eine hohe Stabilität gefordert ist und wo eine breite Stakeholder- und Domain-übergreifende Akzeptanz die breite Anwendung ermöglicht. Dies gilt insbesondere zur Unterstützung bei der Erfüllung von technischen Vorgaben in Gesetzen. Standards sind hauptsächlich in Bereichen

sinnvoll und zu finden, in denen sich Prozesse und neue Technologien noch sehr dynamisch verändern, wie beispielsweise in der Informations- und Kommunikationstechnologie, um Interoperabilität, Schnittstellen und Performance zu beschreiben. Konsortiale Standards sind aus unserer Sicht aufgrund des eingeschränkten Konsenses nicht geeignet, gesetzliche Vorgaben zu konkretisieren. Wann immer es sinnvoll ist, sollte versucht werden, stabile und etablierte Standards in den Prozess der Normung zu überführen.

2 Rolle von Industrie / Staat (Politik) / Normungsorganisationen

Normung ist Aufgabe der Wirtschaft, alle interessierten Kreise können sich beteiligen, um einen breiten gesellschaftlichen Konsens sicherzustellen. Die Inhalte werden in den Technischen Komitees festgelegt, wo der Staat ein Beteiligungsrecht hat, aber keine weitergehenden Eingriffsrechte. In Deutschland ist durch den Normenvertrag auch die Bearbeitung von Projekten mit öffentlichem Interesse nach diesem Grundsatz geregelt. Staat und Normungsorganisationen unterstützen durch Gestaltung der Rahmenbedingungen. Diese bewährte Arbeitsteilung gilt es auch in Zukunft beizubehalten. Überlegungen, die Normungsorganisationen in staatliche Agenturen zu überführen, sind nicht zielführend.

Normung kann aber auch ein industrie- oder geopolitisches Instrument sein. Daher gilt es den bewährten „bottom-up-Ansatz“ marktgetriebener Normen und den politisch-strategischen „top-down-Ansatz“ durch Zusammenarbeit von Staat/Politik und Industrie zusammenzubringen, um eine gemeinsame europäische Strategie zu entwickeln. Dazu muss ein kontinuierlicher Austausch zwischen EU-Kommission, Mitgliedstaaten, Europäischen Normungsorganisationen (ESOs) und Industrie aufgesetzt werden.

3 New Legislative Framework (NLF)

Das NLF mit dem Ansatz harmonisierte Normen zur Konkretisierung abstrakter gesetzlicher Anforderungen zu verwenden, hat sich als Instrument zum Inverkehrbringen von Produkten bewährt. Die überragende Bedeutung liegt auch in der sehr breiten Anwendung, die einen Großteil aller Non-Food-Produkte erfasst. Dringend erforderlich ist jedoch eine Re-Organisation des Prozesses zur Erstellung harmonisierter Normen (siehe Abschnitt 4).

Technische Normen, die in Zusammenarbeit der europäischen Normungsorganisationen mit den Harmonised Standards Consultants (HAS-Consultants) entstanden sind, sollten im Normalfall die einzigen Normen sein, auf die in der europäischen Gesetzgebung Bezug genommen wird. Andere Ansätze, wie „common specifications“ (z.B. angelegt in der Medizinprodukteverordnung oder dem

Entwurf der KI-Verordnung), dürfen nur unter bestimmten Voraussetzungen als letztmögliches Mittel eingesetzt werden.

„Implementing Acts“, um das Sicherheitsniveau von Normen festzulegen (z.B. vorgesehen im Entwurf für eine Verordnung über die allgemeine Produktsicherheit), sind nicht angemessen, da die Festlegung des Sicherheitsniveaus und die Vermutungswirkung – wonach bei Einhaltung der Norm auch die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen vermutet wird – den breiten gesellschaftlichen Konsens erfordern, der wegen der überragenden Rolle der EU-Kommission im Rahmen von „Implementing Acts“ nicht gegeben ist. Zudem wird dadurch ein Auseinanderlaufen der europäischen und internationalen Normung weiterbefördert.

4 Verbesserung des Prozesses zur Erstellung harmonisierter Normen

Wir erkennen grundsätzlich den Anspruch der EU-Kommission nach Absicherung der Schutzziele in harmonisierten Normen als Folge des James-Elliott-Urteils¹ an. Allerdings muss der dafür etablierte Prozess verbessert werden. Die teils erheblichen zeitlichen Verzögerungen müssen strukturell beseitigt werden. Und was mindestens genauso schwer wiegt, das Auseinanderlaufen der bewährten „parallelen“ Normung in den europäischen und internationalen Normungsorganisationen, muss verhindert werden.

Maßnahmen sind u. a.

- Mehr Spielräume für die ESOs bei den Normungsaufträgen. Denn zu detaillierte Aufträge mit zu kurzen und harten Deadlines verhindern innovative Ansätze und können zu geringerer Qualität führen
- Einheitlicher Standard für HAS-Consultants, um eine konsistente Bewertung sicherzustellen
- Verpflichtende Trainings der Normungsverantwortlichen, was die formalen und rechtlichen Anforderungen an harmonisierte europäische Normen angeht und Einstellung von rechtlichem Beistand in den ESOs
- Frühzeitige Einbeziehung und „Integration“ der HAS-Consultants in den Normungsprozess, um von Anfang an die rechtlichen Anforderungen und Aspekte in die Norm einzubringen.
- Sicherstellen der Anforderungen des HAS-Prozesses durch die Normungsreferenten der ESOs.

Geschwindigkeit ist wichtig, gerade bei der Entwicklung von neuen Normen in Hochtechnologiebereichen. Allerdings gilt es auch weitere Kriterien zu beachten

¹ Das Urteil qualifiziert im Amtsblatt der Europäischen Union gelistete Normen als Teil des europäischen Rechts. Die EU-Kommission leitet daraus die Erfüllung gewisser rechtlicher Vorgaben durch die Normen ab und in der Folge eine Verpflichtung zu einer genaueren Überprüfung dieser.

(u.a. Qualität, Rechtssicherheit, Stakeholdereinbindung, Konstruktions- und Änderungsaufwand für die Serienfertigung der Produkte). Zur Beschleunigung der Prozesse können agile Verfahren beitragen, die es im Schulterschluss der Wirtschaft mit den Normungsorganisationen und der EU-Kommission zu entwickeln gilt.

5 Normung im internationalen Kontext

Elektro- und informationstechnische Produkte finden weltweit Anwendung und sind globale Güter. Wir treten daher für offene Märkte ein, nach dem Leitmotiv: „One test, one standard, accepted everywhere“. Dafür ist internationale Kooperation der Schlüssel und die internationalen Normungsorganisationen ISO und IEC sind die relevanten Organisationen.

Dies erfordert einen verstärkten Dialog mit China, weil hier die Abkehr vom internationalen System immer deutlicher zu Tage tritt. Auch die eigene Normungswelt in den USA behindert den internationalen Handel.

Die deutsche Wirtschaft braucht internationale Normen, in denen sich die Anforderungen und Positionen Europas in ausreichendem Maße widerspiegeln. Die internationalen und europäischen Normungsorganisationen sollten daher der bevorzugte Ort sein, wo Normen, und gerade auch horizontale IKT-Normen, entwickelt werden. Dabei sollte der breite europäische Konsens und die Geschwindigkeit sichergestellt werden. Nur so kann Europa eine starke wettbewerbsfähige Position aufbauen. Das europäische Normungssystem muss weiterhin in das internationale Normungssystem von ISO und IEC eingebettet sein.

Die deutsche und europäische Politik sollte das NLF-Modell sowie den Einsatz internationaler Normen in der Welt fördern.

In internationalen Verhandlungen darf es keine pauschale gegenseitige Anerkennung von Normen geben, aber sehr wohl eine Anerkennung von Prüfergebnissen, die auf gemeinsamen Normen beruhen.

Falls es nicht gelingt, die internationale Normung zu stärken, muss ein Engagement der Unternehmen auch in relevanten nationalen Normungssystemen (z.B. in China) gefördert werden (siehe Abschnitt 6).

6 Erhöhung der Attraktivität sich in der Normung zu engagieren

Wir sehen, dass das Engagement der deutschen und europäischen Unternehmen in der Normung über die Jahre stetig abnimmt, während das Engagement bei Organisationen aus anderen Regionen der Welt deutlich zunimmt. Normung wird für diese Staaten zunehmend zu einem strategischen wirtschaftspolitischen Instrument.

Daher bedarf es Gegenmaßnahmen von Wirtschaft, Normungsorganisationen und Politik:

- Bewusstsein schaffen: Normung ist ein Element des Innovationsprozesses, das bereits frühzeitig, z.B. in der Produktentwicklung, in Angriff genommen werden muss. Das Bewusstsein um die strategische Bedeutung der Normung muss geschärft werden, z.B. durch entsprechende Veranstaltungen von Wirtschaft und Normungsorganisationen.
- Bildung: Die Gewinnung von engagierten Talenten in der Industrie für das Thema Normung setzt eine frühzeitige Auseinandersetzung mit den Prozessen der Normung und ihrer Relevanz für Gesellschaft und Wirtschaft voraus. Die Aufnahme in die Curricula der Hochschulen sollte dazu in Erwägung gezogen werden.
- Förderung: Normung ist mit erheblichen Kosten verbunden. Gleichzeitig leisten in der Normung engagierte Unternehmen einen weit über ihren individuellen Nutzen hinausgehenden volkswirtschaftlichen Beitrag. Bisherige staatliche Förderprogramme greifen hier zu kurz. Wir fordern eine steuerliche Normungszulage für Unternehmen, die sich aktiv in der Normung engagieren (national, europäisch, international oder in relevanten Märkten). Diese kann ergänzt werden durch eine Förderung der Normung in Projekten, die einen Nutzwert für die Durchsetzung von Innovationen erkennen lassen.

Über den ZVEI

Der ZVEI vertritt die gemeinsamen Interessen der Elektro- und Digitalindustrie und der zugehörigen Dienstleistungsunternehmen in Deutschland und auf internationaler Ebene.

Die Branche beschäftigt rund 866.000 Arbeitnehmer im Inland und 777.000 im Ausland. 2020 lag ihr Umsatz bei rund 182 Milliarden Euro.

Fast ein Viertel aller privaten F+E-Aufwendungen in Deutschland kommen von der Elektroindustrie. Jährlich wendet die Branche rund 20 Milliarden Euro auf für F+E und mehr als sechs Milliarden Euro für Investitionen. Ein Drittel des Branchenumsatzes entfallen auf Produktneuheiten. Jede dritte Neuerung im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt erfährt ihren originären Anstoß aus der Elektroindustrie.

Herausgeber:

ZVEI e.V.
Abteilung Innovationspolitik

Charlottenstraße 35/36
10117 Berlin

Verantwortlich:
Jochen Reinschmidt
Telefon: +49 30 306960 23

E-Mail: jochen.reinschmidt@zvei.org

www.zvei.org

November 2021